

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dr. Werner Hoyer, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Dr. Rainer Stinner, Daniel Bahr (Münster), Rainer Brüderle, Ernst Burgbacher, Jörg van Essen, Ulrike Flach, Hans-Michael Goldmann, Birgit Homburger, Ina Lenke, Markus Löning, Dirk Niebel, Günther Friedrich Nolting, Eberhard Otto (Godern), Gisela Piltz, Dr. Guido Westerwelle, Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion der FDP

**zu der Beratung des Antrags der Bundesregierung
– Drucksachen 15/127, 15/156 –**

Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem NATO-geführten Einsatz auf mazedonischem Territorium zur weiteren Stabilisierung des Friedensprozesses und zum Schutz von Beobachtern internationaler Organisationen im Rahmen der weiteren Implementierung des politischen Rahmenabkommens vom 13. August 2001 auf der Grundlage des Ersuchens des mazedonischen Präsidenten Trajkovski vom 21. November 2002 und der Resolution 1371 (2001) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen vom 26. September 2001

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stimmt der Fortsetzung der NATO-Sicherheitspräsenz in Mazedonien im Rahmen der NATO-Operation „Allied Harmony“ zu.

Der Deutsche Bundestag unterstützt darüber hinaus ausdrücklich die Bemühungen der Europäischen Union, den Militäreinsatz in Mazedonien im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) zu übernehmen, sobald die Voraussetzungen dafür vorliegen. Deshalb wird der Beschluss des NATO-Rates vom 27. November 2002 begrüßt, bereits im Februar 2003 die Modalitäten der fortgesetzten NATO-Präsenz in Mazedonien zu überprüfen und gegebenenfalls die Führung von „Allied Harmony“ auf die Europäische Union zu übertragen.

Der Deutsche Bundestag bedauert das Fehlen eines Verweises auf diese Überprüfung im Mandatsantrag der Bundesregierung und fordert die Bundesregierung auf, sich in der Europäischen Union mit Nachdruck dafür einzusetzen, dass so schnell wie möglich alle Voraussetzungen für eine Übernahme des Mazedonien-Mandats durch die Europäische Union geschaffen werden.

Berlin, den 4. Dezember 2002

Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion

